

# STURRA

Verboten!

**D**ie Uni zeigt sich herbstlich und trägt mal wieder Transparente! Die stammen vom StudentInnenrat (StuRa), geschmückt wird zur großen Urabstimmung. - Eigentlich Schnee von gestern, denn eine Urabstimmung über den StudentInnenrat gab es an der HUB vor genau zwei Jahren, und sie legitimierte ihn durch ihr mehrheitliches Ja, die Interessenvertretung der StudentInnen zu sein.

Warum also soll nun schon wieder urabgestimmt werden?

Anlaß dieser neuerlichen Unruhe ist das Berliner Hochschulgesetz (kurz BerlHG), das inzwischen auch in Ostberlin gilt. Das BerlHG regelt dies und das; unter anderem ist von Studentenparlament (StuPa) und Allgemeinem Studentenausschuß (AStA) die Rede. Für den StudentInnenrat als Selbstverwaltungsgremium der StudentInnenschaft an unserer Uni sehen Senat, Abgeordnetenhaus und einige Parteien keinen Platz.

So weit, so schlecht - ob aber nun die letzte Stunde des StuRa mit dem Auslaufen der bisherigen Übergangsgesetze am 31.12.91 schlagen und er danach durch ein anderes Gremium ersetzt werden wird, sollte allein in der Entscheidungsgewalt der StudentInnen der HUB liegen. Sie haben ihn schließlich vor zwei Jahren als ihre Vertretung gegründet.

Aber hat es denn überhaupt noch einen Sinn, über ein Modell der studentischen Interessenvertretung zu entscheiden, wenn das Gesetz schon alles vorschreibt?

Erstens ist alles erlaubt, was nicht verboten ist - und da niemand den StudentInnenrat verbieten wird, kann er

auf jeden Fall weiterarbeiten. Zweitens plädierte die StudentInnenschaft aus inhaltlichen Gründen für den Rat, und da es drittens um unsere Interessenvertretung geht und nicht die des Berliner Senats oder des Abgeordnetenhauses, obliegt es auch unserer Kompetenz, über die Form (Rat/Parlament) zu entscheiden.

Bleibt offen: Welche Konsequenzen können sich aus der Urabstimmung ergeben?

Zunächst: seit der Urabstimmung im November 1989 sind für uns nicht gerade unbedeutende Jahre vergangen; was damals gut und richtig war, könnte heute durchaus nicht mehr geeignet sein. Von Modellen wie AStA, UStA, Parlament etc. sprach vor zwei Jahren ja noch keiner. Aus diesem Grunde geht es in erster Linie um die Entscheidung, welches Modell IHR als geeignet ansieht, EURE Interessen zu vertreten. Fällt diese Entscheidung konform zur Gesetzgebung aus, gibt es keine weiteren Probleme - vorausgesetzt StuPa und AStA werden euren Erwartungen gerecht. Entscheidet ihr euch aber für die weitere Tätigkeit des StudentInnenrates, haben wir zunächst inneruniversitär eine Legitimation zur Arbeit. Läßt diese Entscheidung durch die Beteiligung an der Urabstimmung und das Ergebnis darüber hinaus unzweifelhaft den Willen der Mehrheit der immatrikulierten StudentInnen erkennen, kann auch der Gesetzgeber nicht umhin, uns zumindest zu dulden. Gerade aber um diesen Druck auf die politisch Verantwortlichen ausüben zu können, ist eine hohe Beteiligung an der Abstimmung wichtig.

**StudentInnenrat der HUB**

## Urabstimmung: Studentenrat oder AStA?

vom 11.—15. November 1991

# Politische Studentengruppen

## HDS Hochschulgruppe Demokratischer SozialistInnen

Diese Hochschulgruppe unterstützt das Studentenratsmodell und gibt dafür vor allem zwei Gründe an: Erstens wird die Wahl einer Person des Vertrauens, die jederzeit im Fachbereich ansprechbar ist, als Vorteil angesehen. Damit werde dem basisdemokratischen Anspruch des Herbstes '89 Rechnung getragen. Auf der anderen Seite stelle die Periode der Existenz des StuRa eine Zeit der wirklichen Mitbestimmung

in hochschulpolitischen Fragen durch Studenten in den Selbstverwaltungsorganen der Universität dar, da wegen der demokratischeren Sitzverteilung ein weitgehender Konsens Grundlage der Entscheidungen gewesen sei. Die Einführung des AStA wäre der Beginn einer Kettenreaktion, an deren Ende der Ausschluß der Studenten bei allen wichtigen Entscheidungen nach Art der westlichen Hochschulen stünde.

Die HDS nimmt den StuRa aber nicht kritiklos hin, sieht in ihm jedoch ein entwicklungsfähiges Modell. Die Tatsache, daß jeder,

unabhängig von irgendwelchen parteipolitischen Interessen mitarbeiten kann, wird als weiterer Vorteil angesehen, der jedoch auch schnell zum Nachteil werden könne, wenn sich nicht genügend engagierte Studenten finden und so das ganze Modell in Frage gestellt wird.

Beim AStA-Modell hätten Minderheiten, so die HDS, gar nicht erst die Chance, in irgendeiner Weise an der studentischen Vertretung beteiligt zu werden. Die Breite der realen Interessenverteilung sei im AStA nicht repräsentiert.

## Warum Studentenrat?

Der StudentInnenrat wird in direkter und geheimer Personenwahl von den StudentInnen in den einzelnen Fachbereichen gewählt, wobei die Fachbereiche oder gegebenenfalls Institute ihrer Größe entsprechend im Rat vertreten sind. Der AStA kommt durch eine politische Listenwahl\* an der Universität zustande. Er ist die Exekutive eines Studentenparlamentes (kurz: StuPa), in dem sämtliche gewählte Listen einer Hochschule vertreten sind. Der AStA, der den Mehrheitsverhältnissen im StuPa zufolge gebildet wird (entsprechend Regierungsbildung nach Bundestagswahl), ist diesem Parlament nicht rechenschaftspflichtig, da mit Wahl des AStA auch die Programmatik der darin vertretenden Listen bestätigt ist.

Anders beim StudentInnenrat: Dieser ist eigentlich nicht in Legislative und Exekutive zu trennen, da alle Mitglieder des StuRa aktiv im Rat mitarbeiten sollen und da alle Organe des StuRa der öffentlichen Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig sind. Die Arbeit des Rates folgt keiner von vornherein beschlossenen Programmatik und diktiert also keiner Minderheit einen Mehrheitswillen. Das Arbeitsprinzip des StuRa ist basisdemokratisch. Die Mitarbeit und die Einflußnahme der StudentInnenschaft diktiert sein Programm.

Es gibt vor allem zwei Gründe, aus denen wir uns für den Rat einsetzen. Diese Art studentischer Interessenvertretung ist das Resultat studentischer Emanzipationsbewegung an der Universität. In einer Urabstimmung am 10. November 1989 wurde der StudentInnenrat an der HUB von der großen Mehrheit aller an der Abstimmung beteiligten StudentInnen befürwortet. Von 6897 abgegebenen Stimmen (das waren etwa 60% der StudentInnenschaft) sprachen sich 6028 für den Rat aus. Mit der Gründung des Rates war die FDJ an der HUB endgültig entmachtet.

Wir wollen es nicht hinnehmen, daß man den Rat einfach aufhebt und anstatt dessen wieder eine politische Instanz installiert, egal welcher Couleur diese auch immer sein wird.

Der Rat versteht sich als von der StudentInnenschaft geschaffenes Instrument ihrer Inter-

essenvertretung. Für den Rat zu stimmen muß bedeuten, sich auch selbst für die eigenen Belange einzusetzen. Darin besteht das zweite Hauptanliegen unseres Aufrufes.

Ein solches Modell kann nur sinnvoll bestehen, wenn es durch die Arbeit und das Interesse aller getragen wird. Im Gegensatz zu einem StuPa, das sich nur im Zusammenhang mit dem Wahlkampf so richtig bemerkbar machen muß, lebt der Rat von eurer Teilnahme.

Abschließend will ich noch etwas zu der interuniversitären Bedeutung des StuRa der HUB sagen. Zunächst einmal zu den Ländern der Alt-BRD. Viele der dort arbeitenden ASten suchen schon längere Zeit nach Möglichkeiten, ihre StudentInnenvertretung von politischer Einflußnahme zu emanzipieren. In den meisten Ländern bestehen Fachschaftsinitiativen, oder es haben sich von den traditionellen politischen Listen (RCDS, LHG, JUSO-HG u.a.) unabhängige Listen zur Wahl gestellt. Außerdem haben sich andere Formen studentischer Interessenvertretung gebildet, darunter auch StudentInnenräte. An den meisten Unis in der BRD hat man lange dafür gestritten, das zu ermöglichen, was die Landesregierung hier offenbar untersagt. Wir haben also auch die Unterstützung der ASten zu erwarten.

In den Universitäten der fünf neuen Länder existieren StudentInnenräte. Die Zusammenarbeit zwischen diesen (u.a. über die Konferenz der StudentInnenschaften) hat wesentlich die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen um die Abwicklung bestimmt und ist auch heute bedeutsam für die gerechte Gestaltung der Hochschullandschaft im Osten der BRD. Der Studentenrat der HUB ist aufgrund der besonderen Stellung unserer Universität sehr wichtig für den Bestand dieser Strukturen.

frei nach: Michael Waschke (StuRa)

\* Liste (hier): Zusammenschluß von mindestens drei StudentInnen, die unter gemeinsamer Programmatik zu Wahlen antreten. Durch die Stimme des Wählers wird der Anteil der Liste an der Gesamtzahl der zu vergebenden Sitze und deren personelle Besetzung bestimmt (personalisiertes Verhältniswahlrecht).

## RCDS Ring Christlich Demokratischer Studenten

Der RCDS befürwortet prinzipiell die Einführung des AStA-Modells. Das ergebe sich vor allem aus seiner Stellung als Hochschulgruppe, die ihr politisches Mitspracherecht einfordere. Er habe daneben aber auch Probleme mit dem StuRa-Modell. So wird die Personenwahl, aus der sich der Universitätsstuden-



# Endlich wieder

# pen über StuRa und AStA.

tenrat rekrutiert, als zweifelhaft bezeichnet, da man bei der Größe der Fachbereiche die Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, nicht so genau einordnen könne. Deshalb seien die Wahlen Stimmabgabe für anonyme Personen, die man nicht näher kennt. Auf Fachbereichsebene wird das Rätemodell befürwortet, da hier Basisdemokratie noch greifbar sei.

Ein weiteres Problem des StuRa sei die schlecht einklagbare Rechenschaft der Arbeit. Außerdem habe sich der StuRa während seiner Amtszeit zu häufig mit nebensächlichen Dingen (z.B. alternative Projekte) beschäftigt. Die Hauptaufgabe, die in der Interessenvertretung der Studenten bestand, sei zu wenig behandelt worden.

Das AStA-Modell sei dagegen besser durchorganisiert und so arbeitsfähiger. Außerdem sei hier die Wahl besser durchführbar, da man Listen mit Programmen wählt, auf die man sich berufen könne. Das Meinungsspektrum der Studenten könne so besser repräsentiert werden. Die Kandidaten seien nach ihrer Wahl den

Wählern und der Liste gegenüber rechenschaftspflichtig, was eine stärkere Kontrolle der geleisteten Arbeit bedeute.

## JUSOS Hochschulgruppe der Humboldt-Uni

... spricht sich für die Einführung des Studentenparlaments, das heißt AStA, aus.

Der StuRa sei im Herbst '89 das machbarste und einfachste Modell vor allem als Alternative zur FDJ gewesen. Dennoch gebe es viele Dinge, die kritikwürdig sind. Zum ersten beziehen sich die JUSOS hierbei auf das System der Mehrheitswahl. Bestimmte politische Gruppen hätten keine Chance, ihr Mitspracherecht geltend zu machen. Es wird für wichtig gehalten, auch kleinen Gruppen die Möglichkeit einzuräumen, sich im Studentenparlament zu artikulieren.

Zweitens würden bei der StuRa-Wahl Leute gewählt, die man oft nicht einschätzen könne. "Zu deutsch: Wir wollen 'Verbraucherschutz'." Bei Personen könne man sich kaum darauf verlassen, daß sie das, was sie sagen, auch vertreten; Organisationen ließen sich wenigstens tendenziell einordnen.

Eine weitere Schwierigkeit mit dem StuRa-Modell bestehe in der mangelnden Kontrollmöglichkeit seiner Arbeit. So sei nicht regelmäßig über die Beschlußlage der Uni und den Haushaltsetat berichtet worden, wie das bei West-Asten üblich wäre.

Die JUSO-Hochschulgruppe meint, daß der StuRa auf dem jetzt beschrittenem Weg nicht abgeschafft werden könne und daß eine Mischform (kombiniertes Personen- und Verhältniswahlrecht) möglich wäre.

## Hochschulgruppe der

## JUSOS-HUB \*

Diese Hochschulgruppe sieht die damalige Einrichtung eines StuRa als funktionierende, basisdemokratische Interessenvertretung (gegen die FDJ) als sinnvoll und mutig an. Für viele aus der Anfangszeit sei der StuRa wichtiger Teil ihres Lebens und ihrer politischen Emanzipation geworden. Man dürfe ihn nicht so ignorant für illegal erklären, wie es Senator Erhardt gerade betreibe. Die JUSOS hätten vergeblich versucht, die freie Entscheidung der Studierendenschaft einer Hochschule über StuRa oder AStA möglich zu machen, womit auch im Westteil Studentenräte ermöglicht worden wären. Die große Stärke des StuRa habe in der hohen Mobilisierung in der Wendezeit und in der Verankerung in den Seminargruppen gelegen, die es ja kaum noch gebe.

Die JUSOS kennen gute und schlechte StuRas und ASten gleichermaßen. Entscheidend seien die Inhalte und der Wille zur Zusammenarbeit. Die Erfahrungen mit dem AStA der

TU im Westteil seien z.B. sehr gut. Basisdemokratie ist für die JUSOS weniger an eine Idealstruktur gebunden, sondern daran, daß diese als Prozeß immer wieder hergestellt werden müsse. Nach Vorstellung der Gruppe könnten dieselben, die im StuRa Interessenvertretung leisten, ihre Arbeit in einem AStA machen, wobei der Kontakt mit den Fachbereichen wiederbelebt werden müsse. Interessenvertretung sei mit AStA und Studierendenparlament leichter möglich als ganz ohne Organe der Studierendenschaft (wie z.B. in Bayern). Die Struktur müsse aber auf jeden Fall "unten" in den Fachbereichen ankommen. Vor allem für Studienreform und Wohnen/Soziales gebe es jetzt im Sinne der Mehrheit der Studierenden viel zu tun.

## SSB

## Sozialistischer Studentenbund

Der SSB favorisiert keine der zur Abstimmung gestellten Modelle, da bei beiden Problemen gesehen werden.

Das Rätemodell funktioniere nur durch die Mitarbeit vieler und könne als Massenbewegung sicher viel erreichen. Die Gefahr, daß der StuRa von der Basis abhebt, sei in der gegenwärtigen Situation aber nicht wegzureden.

Beim AStA wird die Gefahr gesehen, daß arbeitspolitische Querelen eine ernsthafte Arbeit verhindern. Außerdem wird kritisiert, daß eine Art Stellvertreterpolitik betrieben werde, also die Verantwortung für die Zeit der Wahlperiode einfach weiterdelegiert werde und dann kaum noch Interesse für reale Mitbestimmung bestehe.

Beide Modelle seien an ihre Grenzen gestoßen, und der SSB sieht nur eine Mischform beider als Alternative. Das könne z.B. so aussehen, daß man wie in Bremen vor einigen Jahren eine Liste 'AStA für alle' bilde, die sich auf einen Grundkonsens in hochschulpolitischen Fragen einigt und den Anspruch hat, die Interessen möglichst vieler Studenten zu vertreten.

Jedenfalls wehre man sich gegen die Politik des Berliner Senats, der hier einfach das vorhandene Modell bekämpfe, indem das neue (alte) übergestülpt werde. Es müsse möglich sein, über andere Formen der Studentenvertretung nachzudenken, ohne die vorhandenen Formen zu negieren, und schon gar nicht von außen. Das stelle einen Eingriff in die Hochschulautonomie dar.

## LHG

## Liberaler Hochschulgruppe

Sie hatten der Red. ihre Stellungnahme zugesagt. Wir waren aber leider nicht mehr in der Lage, vor Red.-schluß zueinanderzufinden. Sorry!

\* Auf den feinen Unterschied zu den "anderen" Jusos sei extra hingewiesen. Beide sehen sich als einzig rechtmäßige Jungsozialisten an. *die Red.*



# StuRa als Selbstzweck?

## oder wie sich Studenten an der Uni einmischen können

Was kann der StuRa denn nun wirklich in der Universität erreichen? Jeden Montag StuRa-Sitzung täuscht zwar Aktivität vor, bewegt aber noch nichts. Damit ist wohl die Zeit gekommen, etwas über den Aufbau der universitären Leitungsgremien zu sagen, wie sie nach den Wahlen am 11. Dezember 1991 arbeiten werden:

dere ist der unüberschaubare Apparat der Verwaltung, der den StuRa in manchen Fragen (noch) konsultiert.

Auch wenn wir als Studentinnen und Studenten in den Fachbereichen und Instituten von dieser Gremienarbeit direkt nicht allzu viel mitbekommen, ist sie doch wichtig, um dem Bestreben einiger Professoren, am liebsten al-

universitären Leitung keinerlei zwingende Verbindung mehr zu allen Fachbereichen haben. Die schon jetzt sichtbare Tendenz, Einzel- statt Mehrheitsmeinungen zu vertreten, wird damit noch stärker hervortreten.

Entsprechend dem Statut der HUB und der Geschäftsordnung des Kuratoriums hat der Studentenrat in allen oben genannten Gremien Rede-, Antrags- und Informationsrecht. Wird er zur Interessenvertretung von euch weiterhin legitimiert, ist er der einzige, der durch seinen Aufbau in der Lage ist, alle Fachbereiche zu repräsentieren. Allerdings ist der StuRa dort nicht stimmberechtigt; will er etwas erreichen, braucht er das eindeutige Votum, daß die Mehrheit der Studentinnen und Studenten durch ihn vertreten sein will. Nur unter dieser Voraussetzung werden die Universitätsgremien und die Landesregierung nicht umhinkönnen, seine Forderungen, Anträge, Meinungen ernsthaft zu respektieren.

Aber Gremienarbeit ist natürlich nur eine Form des Einmischens in Entscheidungen. Ist in bestimmten Fragen auf diesem Wege kein Vorankommen mehr, braucht man den direkten, ständigen Draht zu den Fachbereichen, um andere Mittel der Meinungsbildung zu finden.

J.H.

|            | Studenten | Profs | wiss. Mitarbeiter | techn. Mitarbeiter | Landesregierung | weitere |
|------------|-----------|-------|-------------------|--------------------|-----------------|---------|
| Kuratorium | 2         | 2     | 2                 | 2                  | 4               | 10      |
| Koncil     | 10        | 31    | 10                | 10                 | -               | -       |
| Ak. Senat  | 4         | 13    | 4                 | 4                  | -               | -       |
| FB-Rat     | 2         | 7     | 2                 | 2                  | -               | -       |

Für konkrete Vorarbeiten haben sich die Gremien eine Vielzahl von Kommissionen geschaffen, in denen im allgemeinen alle Mitgliedergruppen vertreten sind.

Daneben gibt es aber noch zwei weitere nicht unwesentliche Entscheidungs- und Informationsinstanzen. Die eine ist die wöchentliche Dienstbesprechung des Rektors, zu der der Studentenrat ebenfalls eingeladen ist. Die an-

des allein zu entscheiden - was mit dem Begriff "Ordinarienuniversität" gemeint ist - von vornherein einen Riegel vorzuschieben.

Wie aus der Übersicht über die Stimmverteilung in den Gremien ersichtlich ist, wird das bei der absoluten Mehrheit der Professoren nach den kommenden Wahlen zunehmend schwieriger. Hinzu kommt, daß die über Listen gewählten Vertreter der Studentenschaft in der

## Urabstimmung konkret

Nach den vielen Zeilen über das Weshalb und Warum der Urabstimmung, nun zur eigentlichen Tat. Organisatorisches in Schlagzeilen:

**Zeitraum: Montag, 11. November, 8.00 Uhr, bis Freitag, 15. November, 15.00 Uhr;**  
**Stimmabgabe in dem Fachbereich, in dem ihr im 1. Hauptfach immatrikuliert seid;**  
**Genauen Standort der Wahlurne bitte den Aushängen in den Fachbereichen entnehmen!**

Bitte euren Studentenausweis zur Abstimmung mitbringen. Und so sieht der Stimmzettel aus:

**Stimmzettel**

Welche Form studentischer Selbstverwaltung an der Humboldt-Universität zu Berlin soll Dich vertreten?

StudentInnenrat

StudentInnenparlament / AStA

Stimmenthaltung

MUSTER

zutreffendes bitte ankreuzen

- Eure Stimme ist ungültig, wenn ihr mehr als 1 oder gar keinen Kreis markiert, die Markierung nicht eindeutig oder etwas anderes auf den Zettel geschrieben ist.

- Die Wählerverzeichnisse liegen seit letzter Woche aus; zur Einsichtnahme bitte in den Raum Hauptgebäude 2016 kommen.

- In diese Wählerverzeichnisse wurden alle Studenten der HUB aufgenommen, die am Hochschulort sind. Solltet ihr zu den  
 → Studenten im Praktikum,  
 → Fernstudenten,  
 → Abendstudenten,  
 → Studenten im Vorbereitungsstudium,  
 → B-Aspiranten mit Studentenstatus gehören und - da ihr doch in Berlin seid - mitwählen wollen, könnt ihr euch jederzeit in die Wählerverzeichnisse nachtragen lassen. Meldet euch dazu bitte im Raum 2016.

- In jedem Fachbereich/Institut wurden Abstimmungskommissionen gebildet. Wenn ihr mit ihnen Kontakt aufnehmen oder mitarbeiten wollt, könnt ihr im Raum 2016 Namen und Adressen dazu erfahren.

Für alle weiteren Rückfragen steht euch der Studentenrat zur Verfügung - Raum 2016 im Hauptgebäude der HUB, 1. Etage.

